

An

Bündnis zur Förderung der öffentlichen Berliner
Musikschulen e.V.

info@musikschulbuendnis.berlin

Berlin, 3. September 2026

IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Sehr geehrter Herr Berghäuser,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Wir freuen uns sehr, wenn sich Berliner*innen informiert und aktiv in den politischen Prozess einbringen und lassen Ihnen anbei die Antworten der SPD Berlin zukommen. Unser gesamtes Wahlprogramm in voller Länge finden Sie unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

1. Musikschulen als demokratische Bildungsorte: Wie wollen Sie musikalische Bildungsangebote fördern, die zur Demokratiefähigkeit und Teilhabegerechtigkeit in Berlin beitragen?

Wir verstehen Musikschulen als Teil der kulturellen Bildung und als wichtige Orte des sozialen Austauschs. Kultur schafft Räume für Begegnung, Debatte und Erinnerung. Wir wollen kulturelle Bildungsangebote niedrigschwellig, inklusiv und in allen Berliner Bezirken zugänglich machen. Dazu gehören Kooperationen zwischen Musikschulen, Schulen, Jugendkunstschulen, Bibliotheken und weiteren Bildungsorten. Entscheidend ist, dass musikalische Bildung nicht vom Einkommen der Eltern oder vom Wohnort abhängt. Deshalb setzen wir uns für gute Rahmenbedingungen, eine verlässliche Finanzierung und eine stärkere Einbindung der Musikschulen in den Bildungsalltag ein.

2. Musikschulfördergesetz: Was sind aus Ihrer Sicht die nächsten Schritte und welche Inhalte sollte das Gesetz haben? Wie wollen Sie sicherstellen, dass es in Berlin einen chancengleichen Zugang zu Musikschulplätzen gibt, der auch den hohen Wartelisten gerecht wird?

Wir sehen Musikschulen als Bestandteil einer starken öffentlichen Bildungs- und Kulturlandschaft. Aus unserer Sicht muss ein Gesetz die öffentliche Verantwortung für die Musikschulen klar sichern und verlässliche Rahmenbedingungen für Finanzierung, Personal, Räume und Zugang schaffen. Dabei müssen die Bezirke, die Beschäftigten, die Verbände und Interessenvertretungen beteiligt

werden. Für dauerhafte Aufgaben setzen wir grundsätzlich auf institutionelle Finanzierung und langfristige Planungssicherheit. Wir wollen, dass Bildung und kulturelle Teilhabe unabhängig vom Elternhaus möglich sind. Dazu müssen Angebote bezahlbar, wohnortnah und für Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Voraussetzungen erreichbar sein. Kooperationen mit Schulen und weiteren Bildungsorten können zusätzliche Zugänge schaffen.

3. Umsetzung des Herrenbergurteils: Wie wollen Sie die unabdingbare und vollständige Umwandlung der Honorartätigkeiten in Festanstellungen in Berlin realisieren? Wie wollen Sie der wachsenden Stadt und dem zunehmenden Bedarf an Musikschulunterricht gerecht werden?

Wir stehen für gute Arbeit, faire Bezahlung und verlässliche Beschäftigungsbedingungen. Für staatlich geförderte Tätigkeiten unterstützen wir bessere Vergütungen, Mindesthonorare und tarifliche Löhne. Außerdem setzen wir uns für langfristige Planungssicherheit und eine dauerhafte institutionelle Finanzierung öffentlicher Aufgaben ein. Die SPD Berlin bekennt sich ausdrücklich dazu, die Quote der Festanstellungen in den Musikschulen weiter zu erhöhen. Daher wurden im Zuge der parlamentarischen Haushaltsverhandlungen 4 Mio. Euro Zusatzmittel ab 2026 für die Überführung von freier Arbeit in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für die Bezirke bereitgestellt.

4. Lehrkräftemangel an Musikschulen und Nachwuchsmangel in den künstlerisch pädagogischen Studiengängen: Wie wollen Sie die Ausbildungssituation für die künstlerisch pädagogischen Studiengänge weiterentwickeln, so dass zukünftig mehr Absolvent*innen für die Musikschulen zur Verfügung stehen? Wie wollen Sie für die Absolvent*innen den Beruf der Musikschullehrkraft attraktiver machen?

Wir wollen gute Studienbedingungen schaffen und mehr jungen Menschen den Zugang zu einem Studium ermöglichen. Dazu gehören flexible Einstiegsmodelle, Sprach und Brückenkurse, studienvorbereitende Angebote sowie Mentoring. Diese Ansätze können auch für künstlerisch pädagogische Studiengänge relevant sein. Darum unterstützen wir die Finanzierung von Mehr Studienkapazitäten in den Berliner Musikhochschulen. Wir brauchen so viele Absolvent*innen wie möglich für die musikalische Bildung. Darum setzen wir uns für faire Bezahlung, verlässliche Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen ein. Dazu gehören eine angemessene Vergütung, tarifliche Perspektiven und Planungssicherheit. Für die Musikschulen folgt daraus, dass der Beruf nicht durch unsichere und dauerhaft prekäre Beschäftigungsformen geprägt sein darf.

5. Fachräume für Musikschulunterricht: Wie wollen Sie sicherstellen, dass eine adäquate Raumausstattung gewährleistet wird? Wie können öffentliche Räume verbindlich für Musikschulunterricht genutzt werden? Wie wollen Sie den festgestellten dringenden Sanierungsbedarf angehen?

Wir wollen Bildungs- und Kulturorte in allen Bezirken stärken. Dafür brauchen Musikschulen Räume, die fachlich geeignet, barrierearm und dauerhaft nutzbar sind. Kulturorte sollen in allen Stadtteilen und Außenbezirken gesichert und weiterentwickelt werden. Landeseigene Immobilien

wollen wir stärker für kulturelle Nutzungen öffnen und bei Stadtentwicklung und Neubau kulturelle Flächen verbindlich mitdenken. Analog zum Sport sollen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden – davon profitieren auch freie Ensembles und die Amateurmusik. Zu den weiteren Punkten wie Vernetzung, Fortbildung und Koordination der Fördermittel bleiben wir gerne mit Ihnen im Austausch.

6. Musikschulangebote im Rahmen der Regelschule: Wie stehen Sie zu einer integrativen Kooperation mit den öffentlichen Musikschulen im rhythmisierten Schulalltag?

Wir befürworten eine enge und verbindliche Kooperation zwischen öffentlichen Musikschulen und Schulen. Das Wahlprogramm sieht vor, Unterricht und außerunterrichtliche Angebote stärker zu verzahnen und Kooperationen mit Musikschulen auszubauen. Der rhythmisierte Schulalltag bietet dafür gute Möglichkeiten, wenn musikalische Angebote pädagogisch sinnvoll in den Tagesablauf eingebunden werden. Dabei müssen die Interessen der Schulen, der Musikschulen, der Lehrkräfte und der Schüler*innen berücksichtigt werden. Angebote sollen allen Kindern offenstehen und nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Familien abhängen. Wir wollen solche Kooperationen insbesondere im Rahmen des Flex Ganztags an Grundschulen stärken und gemeinsam mit den Bezirken weiterentwickeln.

7. Aufgaben des Servicezentrums Musikschulen: Welchen Weg wollen Sie beschreiten, damit das Servicezentrum Musikschulen seine ursprünglichen Aufgaben gemäß RdB Beschluss R 105 aus dem Jahr 2022 umsetzen kann?

Der Rat der Bürgermeister hat der Einrichtung der Servicezentrum Musikschulen in der Stiftung Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung zugestimmt, damit Qualität und Angebote der Berliner Musikschulen im gesamtstädtischen Sinn besser koordiniert werden können. Die SPD Berlin steht für gute Arbeit, kulturelle Bildung und musikalische Bildung in der ganzen Stadt. Dazu ist eine Berücksichtigung der bezirklichen Verfahren bei der gesamtstädtischen Steuerung ein wichtiger Baustein.

//

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und sind für Sie unter Wahlprogramm.berlin@spd.de erreichbar.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.